





Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz

32.11 - Mainz, 14.10.2011

Postkartenaktion der GdP gegen die Einsparungen durch das 1. Dienstrechtsänderungsgesetz gestartet

<p>Recht hat Kurt Beck!</p> <p>Die Polizisten, die Polizeibeschäftigten, Verwaltungsbeamten und Pensionäre fordern:</p> <ul style="list-style-type: none">✓ Das Tarifiergebnis für 2012 auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen.✓ Kein Besoldungsdiktat von 1 % auf fünf Jahre.✓ Den höheren Kinderzuschlag durch Kürzung des Verheiratenzuschlags zu finanzieren, ist unsozial und muss verhindert werden.✓ Die Polizeistärke darf 9014 Vollzeitstellen nicht unterschreiten.✓ Keine Dienststellenschließungen als reine Finanzsparaktion.✓ Kein Rückzug aus der Fläche.	
Herrn Minister über Gewerk	
Ich und Gewerk	
Name: Dienst	
Unters	

Aus der Regierungserklärung von MP Kurt Beck vom 25. Mai 2011:

„Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle ein Wort des Dankes an die Beamtinnen und Beamten der rheinland-pfälzischen Polizei, aller Sicherheitsdienste, der Feuerwehren und all derjenigen, die im weitesten Sinne für unsere Sicherheit arbeiten und wirken. Sie leisten gute Arbeit. Sie sorgen für Sicherheit und Vertrauen bei den Menschen in Rheinland-Pfalz. Sie arbeiten viel. Sie arbeiten korrekt. Sie arbeiten zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Wir gewährleisten eine moderne, gut ausgestattete und bürgernahe Polizei mit 9014 Beamtinnen und Beamten. Das bedeutet, die Polizeistärke bleibt erhalten, auch in der Fläche.“

Die GdP mobilisiert gegen die geplanten Einsparungen durch das 1. Dienstrechtsänderungsgesetz und die völlig falsche Einsparvorgabe bei der so genannten „Optimierung“ der Polizeiorganisation durch die Politik. Seit Beginn dieser Woche liegen auf den Dienststellen Postkarten aus, mit denen die Kolleginnen und Kollegen zum Protest aufgerufen sind. Die GdP Kreisgruppen werden die ausgefüllten Postkarten entgegennehmen und nach Mainz weiterleiten.

Am 3. November wird die GdP die Postkarten an die Politik übergeben und hofft, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen der Politik aufzeigen, dass das Maß des Erträglichen überschritten ist, besonders, da die der Name „1. Dienstrechtsänderungsgesetz“ noch schlimmeres für die nächsten Jahre befürchten lässt. Wer sich jetzt nicht wehrt, der wird ausgepresst wie eine Zitrone. Die GdP bittet daher alle Kolleginnen und Kollegen, gleich ob organisiert oder nicht, den Protest mitzutragen und durch ihre Unterschrift zu dokumentieren, dass sich unsere Polizistinnen und Polizisten nicht alles gefallen lassen, dass wir unsere Polizei nicht tatenlos kaputtsparen lassen.

Sollten auf der Dienststelle keine Postkarten mehr ausliegen, bitte gleich bei der GdP Kreisgruppe melden!